



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 36; September II 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Woche war es soweit: Der Präsident des Europäischen Parlaments begrüßte offiziell die 35 rumänischen und 18 bulgarischen Beobachter aus den nationalen Parlamenten in Bukarest und Sofia. Diese Abgeordneten können nun an allen Sitzungen des EP passiv teilnehmen, d.h. sie haben natürlich kein Rede- oder gar Stimmrecht! Auch die anderen Kandidatenländer hatten seinerzeit Beobachterstatus – nur waren diese Staaten ungleich weiter in ihrer Annäherung an die EU, und die Beobachter wurden erst einige Monate vor dem Beitritt dieser jetzigen neuen Mitgliedstaaten zugelassen. Ich persönlich halte die nun erfolgte Zulassung der neuen Beobachter daher für absolut verfrüht, denn Bulgarien und Rumänien sind noch soweit „zurück“, dass der für 2007 geplante Beitritt hoffentlich weiter nach hinten verschoben wird!

Türkei ante portas!

Die Türkei-Debatte kurz vor der „Stunde der Wahrheit“, nämlich der für den kommenden Montag geplanten Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, war ein harter Schlagabtausch zwischen den Fraktionen des EP einerseits und zwischen den Christdemokraten und Kommission bzw. Ministerrat andererseits. Neu war, dass die rückhaltlosen Befürworter der türkischen Vollmitgliedschaft mittlerweile zugeben, dass die Türkei die Vorbeitrittskriterien nicht

erfüllt und sich zudem extrem antieuropäisch verhält. Dass diese Kolleginnen und Kollegen dies dann allerdings als Argument **für** die umgehende Aufnahme der Beitrittsverhandlungen nehmen, ist in massiven parteipolitischen oder nationalen Eigeninteressen begründet. In der aktuellen Debatte wurde übrigens wieder einmal überaus deutlich, dass viele Linke und Grüne, die sich offen zum Atheismus bekennen, für ihre eigene Person die grundlegenden europäischen Werte nicht mittragen und sich betont pro-türkisch und pro-islamisch geben, um diese Wertebasis zu schwächen ... Letztendlich stimmte die Parlamentsmehrheit gegen die Christdemokraten der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober zu. Gefordert wird jedoch, die Verhandlungen auf Eis zu legen, wenn Ankara das EU-Mitglied Zypern nicht binnen kurzem formal anerkennt und weiterhin grob gegen Menschen- und Minderheitenrechte verstößt. Ein Votum zur Zollunion EU - Türkei wurde wegen der Zypern-Problematik auf unseren Antrag hin verschoben.

68 Gesetzesvorlagen weniger!

Kommissionspräsident Barroso und sein Industriekommissar Verheugen kündigten an, 68 Gesetzesvorlagen fallen zu lassen. Diese Entscheidung der Kommission als Initiative gegen Bürokratie und Regierungswut ist lange überfällig. Ich selbst

habe aber Barroso sehr deutlich gesagt, dass dies nur ein kleiner Anfang sein kann: Es reicht nicht aus, kleine Vorhaben, die zudem keine Chance haben, je von Rat und Parlament angenommen zu werden, fallen zu lassen, wenn gleichzeitig mit aktuellen Entwürfen immer wieder neue Bürokratiemonster und europäische Agenturen aufgebaut werden!

Drittes Eisenbahnpaket

Das Europäische Parlament hat sich für die Öffnung der europäischen Eisenbahnmärkte entschieden. Dies betrifft sowohl den grenzüberschreitenden als auch den innerstaatlichen Schienenverkehr. Des Weiteren wird es einen EU-weit einheitlichen Führerschein für Lokführer geben, was u.a. zur Vermeidung von Unfällen, verursacht durch schlecht ausgebildetes Personal, beitragen soll. Zugleich wurden die Rechte der Bahnkunden gestärkt: Sie werden in Zukunft z.B. einen Rechtsanspruch auf Entschädigung bei Verspätungen haben.

Mit diesem Dritten Eisenbahnpaket soll der „europäische Eisenbahnraum“ vollendet werden. Es vervollständigt das Erste Eisenbahnpaket aus 2001, das die Öffnung des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs vorsah, sowie das Zweite Eisenbahnpaket aus 2004, mit dem u.a. die Europäische Eisenbahnagentur geschaffen sowie der Marktzugang zum inländischen Güterverkehr gesichert wurde.

Datenspeicherung

Abgelehnt wurde ein Vorhaben, Verkehrs- und Standortdaten von Telefonaten, SMS-Kurzmitteilungen und E-Mails EU-weit zu erfassen und zu speichern. Eine Initiative von vier EU-Mitgliedstaaten hatte diese Datenspeicherung zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus gefordert. Nach Ansicht des Parlaments wäre dieses Vorgehen jedoch unverhältnismäßig, verletze die Privatsphäre und sei nicht Erfolg versprechend.

Senkung der Ölpreise?

Die Kommission will mit einem Fünf-Punkte-Plan auf die hohen Ölpreise reagieren. Im Zentrum steht dabei aber nicht die Senkung der Ölpreise, sondern die Senkung der Energienachfrage. Maßnahmen wie die Richtlinie über Energieeffizienz oder zum „Ökodesign“ von Maschinen und Geräten sind erste Schritte hierzu.

Verkehrssicherheit

Zwar sank die Zahl der Verkehrstoten in den alten 15 Mitgliedstaaten seit 1970 um 50% trotz einer Verdreifachung des Verkehrsaufkommens; noch immer aber sterben jährlich 40.000 Menschen den Verkehrstod. Durch entsprechende Sicherheitsvorschriften will das EP diese Zahl bis 2010 nun zumindest halbieren. Parallel sollen Konzepte zur grundsätzlichen Vermeidung von Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten oder Todesfolge ("Nullvision") erarbeitet werden.

Blaue Reihe gefällig?

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat im Rahmen ihrer Schriftenreihe „Blaue Reihe“ ein neues Heft zur Türkei-Politik herausgegeben. Diese Ausgabe befasst sich mit dem aktuellen Zustand der Türkei, erläutert unsere grundsätzliche politische Position und beschreibt die mögliche Ausgestaltung einer privilegierten Partnerschaft. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an mein Herner Büro (Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512 bzw. herne@renate-sommer.com).

Bis zum nächsten Straßburgbrief!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Rückfragen bitte an mein Büro in Brüssel:
rsommer@europarl.eu.int
Tel. 0032-228-47383